



Drucks.-Nr.
6650/2020-2025

An den
Sozial- und Gesundheitsausschuss
Frau Sylvia Gorsler
im Hause

zur Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschuss am 29.08.2023 stellen wir folgenden
Antrag:

Geplante Reform des SGB II und III im U25 Bereich abwenden

Hiermit beschließt der SGA die angehängte Stellungnahme der Bielefelder Arbeitsgemeinschaft Beschäftigungsinitiativen e.V. (AGBI) zu unterstützen. Die von der Bundesregierung geplante Überleitung von jungen Bürgergeld-Empfänger*innen unter 25 Jahren vom Jobcenter (SGB II) zur Bundesagentur für Arbeit (SGB III) schwächt das kommunal etablierte und unterstützende Beratungs- und Vermittlungssystem für arbeitslose junge Menschen erheblich. Die gut aufeinander abgestimmten Strukturen, im Zusammenspiel zwischen Jobcenter und Beschäftigungsinitiativen, würde ausgehebelt und im Zuge des behördlichen Übergangs sind wesentliche Einbrüche in der Berufsvermittlung zu befürchten, die sich langfristig gesellschaftlich sowie fiskalisch negativ auswirken. Mit den im Zuge der Aufgabenübertragung aktuell geplanten, erheblichen Mittelkürzungen bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen drohen ebenfalls massive negative Folgen. Wir fordern hiermit die Verwaltung auf die Anliegen unverzüglich an verantwortliche Stellen weiterzuleiten und die Planungen abzuwenden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Anhang:

Schreiben AGBI „Kürzungspläne der Bundesregierung im SGB II 2024 ff, geplante Übertragung der Zuständigkeit für Jugendliche von den Jobcentern auf die Agentur für Arbeit“

gez.

Regine Weißenfeld
SPD-Fraktion

Joachim Hood
Fraktion B'90/Die Grünen

Angelika Beier
Fraktion Die Linke

Bielefeld, den 21.08.2023